

1. Bildung u. Friedenserziehung:

Wie soll Friedenserziehung als allgemeines Bildungsziel in der Arbeit an Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung verankert und umgesetzt werden?

Wir sehen Bildung als den Schlüssel für eine humanistische Gesellschaft, die selbstbestimmt agiert. Eine friedliche Welt ist dabei ein Teil der Vision. Wir setzen uns für die Möglichkeit des lebenslangen Lernens ein.

Wie werden Sie die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen für Zivilklauseln (keine Beteiligung an Kriegsforschung) unterstützen?

Als Wissenschaftspartei bekennen wir uns zur durch das Grundgesetz garantierten Forschungsfreiheit. Forschung mit ursprünglich militärischem Zweck kann oftmals auch zivil genutzt werden. Da Zivilklauseln nur als freiwillige Leitlinie möglich sind und keine rechtliche Bindung haben, sehen wir keinen Bedarf, diese Möglichkeiten weiter auszubauen. Wir bewerten die in Artikel 5 garantierte Forschungsfreiheit als wichtiger.

2. Kriegsprävention (Friedensgebot, Art. 69 Hessische Verfassung)

In Hessen stationiertes Aggressionspotenzial, Kasernen, Munitionslager, Rüstungsbetriebe und

Kommandozentralen sind Angriffsziele für einen Gegner, der sich bedroht sieht.

Was werden Sie unternehmen, um diese Gefahrenlage zu entschärfen, insbesondere:

Werden Sie gegen die von hessischem Boden aus gesteuerten weltweiten Kriegsvorbereitungs-

handlungen, z.B. der US-Kommandozentrale in Wiesbaden, aktiv?

Munitionslager und andere militärische Einrichtungen sind besonders gegen Gefahren zu schützen. Die Mitgliedschaft in der NATO gewährt dabei zusätzlichen Schutz vor Angriffen aus anderen Ländern und militärische Unterstützung Deutschlands im Falle eines Angriffs aus anderen Ländern. Nicht zuletzt der Aggressionskrieg Russlands in der Ukraine hat gezeigt, wie wichtig die NATO ist.

Die US-Kommandozentrale in Wiesbaden sehen wir als wichtig an und sehen keinen Grund, dagegen vorzugehen. Über diese Kommandozentrale der US Army lief das militärische Training der ukrainischen Armee an US- Waffen und die Waffenlieferungen der USA an die Ukraine, um sich gegen Russland verteidigen zu können.

Werden Sie Rüstungskonversionsprogramme initiieren oder zumindest unterstützen?

Nein. Das letzte Jahr hat umso mehr offenbart, in welchem schlechtem Zustand die Ausstattung der Bundeswehr ist. Auch um die Lieferungen an die Ukraine aufzufangen, müssen wir die Bestände der Bundeswehr wieder auffüllen. Dabei kommt es jedoch zu sehr langen Lieferzeiten. Um unsere langfristige Vision einer europäischen Armee verwirklichen zu können, müssen wir eine gute Versorgung sicherstellen können. Rüstungskonversionsprogramme würden dies verhindern.

Werden Sie dafür aktiv, dass Hessen per Landtagsbeschluss ein politisches Zeichen setzt für den Atomwaffenverbotsvertrag?

Der Atomwaffenverbotsvertrag läuft konträr zur nuklearen Teilhabe Deutschlands. Wir bekennen uns zur Nato und damit auch zur nuklearen Teilhabe. Grundsätzlich könnten wir uns eine Unterzeichnung vorstellen, sollten alle Länder, insbesondere Russland und China, diesen unterzeichnen.

3. Öffentlicher Raum und Werbung: Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Reklameflächen zu Werbezwecken
Was wollen Sie tun, um die systematischen Versuche der BW zurückweisen, die Zivilgesellschaft zu durchdringen und ihr gesellschaftliches Akzeptanzimage aufzuwerten?

Wir sehen die Bundeswehr als Arbeitgeber, der das gleiche Recht hat, an öffentlichen Veranstaltungen aufzutreten. Solange es keine gesonderten Rekrutierungsveranstaltungen sind oder die Bundeswehr Sonderrechte eingeräumt bekommt, sehen wir darin kein Problem.

4. Der Hessentag - eine Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt des Landes und zugleich die Fähigkeit zu Integration und Frieden zu präsentieren
Wie soll erreicht werden, dass sich das Land als friedliches Hessen - und nicht auf einem Teil seiner Fläche als waffenstrotzender Aufmarschplatz - darstellt, wo bereits Kindern die Faszination am Waffenspektakel vermittelt wird?

Der Hessentag blickt auf eine lange Tradition zurück, um die Kultur des Landes zu präsentieren. Wir sehen dort keinen Handlungsbedarf.

5. Friedenskultur (Art. 62 in Verbindung mit Art. 69 Hessische Verfassung)
Erkennen Sie weitere Maßnahmen der Militarisierung unseres Landes, und wie wollen Sie diese zurückweisen?

Wir sehen durchaus weitere Maßnahmen, die die Ausgaben des Bundes für Waffen und Ausstattung der Bundeswehr erhöhen. Jedoch sind diese aufgrund der aktuellen Situation in mehreren Krisenherden definitiv angemessen. Für eine Bewertung der Qualität der Maßnahmen ist es jedoch noch zu früh, grundsätzlich sehen wir jedoch einen Sinn darin.

Was werden Sie tun, um Feindbilder abzubauen und deren Propagierung entgegenzutreten?

Wir stehen für Wissenschaft und Aufklärung. Vorurteile und Feindbildern wollen wir mit Bildung und Aufklärung entgegen treten. Dabei ist eine differenzierte Betrachtung sehr wichtig.

Was wollen Sie tun, um der Einschränkung der Meinungsvielfalt in den Medien bis hin zur Zensur Einhalt zu gebieten?

Im Vergleich zu anderen Ländern genießt Deutschland von einer sehr hohen Pressefreiheit und profitiert gleichzeitig davon. Leider kommt es zurzeit immer wieder zu körperlichen Angriffen auf Medienvertreter, besonders bei Demonstrationen, die Querdenken zuzurechnen sind, oder aus dem rechtsextremen Lager. Dennoch haben wir eine große Meinungsvielfalt und breite Medienlandschaft, die dies ermöglicht. Jedoch muss man aufpassen, dass es nicht in false balancing abgleitet. Eine Zensur im demokratie- und freiheitbedrohenden Sinne sehen wir als nicht gegeben an.

Wie werden Sie den Umgang mit öffentlicher antimilitaristischer Erinnerungskultur fördern? Was werden Sie tun, um die ehrenamtliche Arbeit der Friedensinitiativen in Hessen zu unterstützen?

Erinnerungskultur ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Die Erinnerung an Folgen des Krieges in Form von Zerstörung und Fluchtbewegungen gehört dabei unteilbar dazu. Wir wollen öffentlichen Museen fördern und den Zugang dazu möglichst kostenlos gestalten. Auch eine Kulturförderung von Ausstellungen gehört für uns dazu.

6. Unterstützung von Menschen, die vor Krieg geflohen sind (Art. 7 Hess. Verfassung)

Wie werden Sie die Kommunen und ehrenamtlich tätige Initiativen unterstützen, die vor Krieg Geflüchtete betreuen?

Die Betreuung von Flüchtlingen ist eine sehr wichtige Arbeit. Gerade im ländlichen Raum findet dies sehr oft ehrenamtlich statt. Wir wollen die Betreuung von und Arbeit mit Flüchtlingen finanziell unterstützen, um ihnen die Integration zu erleichtern. Neben einem erhöhten Angebot an Deutschkursen zählt dazu auch die Integration und der Austausch mit anderen Menschen.

Wir wollen die Unterstützung in Form von Kursen, Anschaffung von Materialien für den Unterricht und gemeinsame Aktivitäten und der Bereitstellung und Unterhaltung von Räumlichkeiten für Begegnungszentren und Gemeinschaftsräumen bieten. Auch Zuwendungen für ehrenamtlich Tätige zählt dazu.

Was werden Sie tun, um hierher geflohenen Kriegsdienstverweigerer, Desertierten und Kriegsdienstentziehenden Schutz zu gewähren?

Generell stehen wir für die Einhaltung der Menschenrechte. Sie stehen damit auch unter besonderem Schutz hier in Deutschland. Spezielle Maßnahmen können wir aktuell nicht benennen.

7. Beendigung von Kriegshandlungen.

Haben Sie den Eindruck, dass Rüstungsexporte ein geeignetes Mittel sind, um Flucht vor Krieg und Zerstörung zu vermeiden?

In jeder Krisensituation müssen Rüstungsexporte einzeln bewertet werden. Eine friedliche Einigung darf nicht zulasten des angegriffenen Landes und der

Bevölkerung gehen. Um die Verteidigung eines Landes bei einem Angriffskrieg zu gewährleisten und eine großflächige Zerstörung des Landes zu verhindern, können diese Exporte sinnvoll sein.

Was soll das Bundesland Hessen tun, um der 'Politik der Zeitenwende' zu widersprechen, dass der Krieg mit Waffen befeuert werden müsse bis zum Sieg - weil nämlich der Frieden gewonnen werden muss ("Verhandeln statt Schießen!")?

Wir sehen in der aktuellen Situation die Politik der Zeitenwende, so wie er derzeit von Bundeskanzler Scholz verkündet wurde, einen guten, weil leider notwendigen Weg. Natürlich würden wir uns wünschen, dass Verhandlungen mit Russland erfolgsversprechend sind.

Jedoch lässt sowohl das Handeln als auch die Rhetorik Russlands und besonders Putins nicht darauf schließen, dass eine friedliche Lösung ohne Unterstützung der Ukraine möglich ist. Verhandlungen würden sich besonders angesichts der hohen Anzahl an Menschenrechts- und Kriegsrechtsverletzungen durch Russland als schwierig erweisen.